

25. / I. 1919

K. k. Bezirksschulrat Wien.

Sozialdemokratie und Beamte.

Aus Beamtentreffen schreibt man uns:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hielt gestern im Sportpalast eine Versammlung, zu der die ganze Beamtenschaft eingeladen war. Unter anderen Rednern sprach auch Minister Hänisch. Vor Beginn der Versammlung wurde der Leitung folgende schriftliche Anfrage überreicht: Ist der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bekannt: 1. daß der Staat seinen verheirateten Unterbeamten bei Sozialbehörden (Boten usw.) einschließlich der Kriegsteuerungszulagen z. B. mit 2 Kindern höchstens jetzt nur 3524 M., mit 3 Kindern jetzt nur 3764 M., also täglich rund 10 M. zahlt, also nicht einmal die Mittel zum Lebensunterhalt gewährt, die den Arbeitstagen als Existenzminimum in Gestalt der Arbeitslosenunterstützung gewährt werden; 2. daß die Einkommen der mittleren Beamten weit unter dem Einkommen der Arbeiter in Staats- und Privatbetrieben bleiben und eine Annäherung hieran von der Regierung bisher in keiner Weise in Aussicht steht, und wie gedenkt sie dazu, ebenso zur Pensionsfrage, Stellung zu nehmen?

In den Referaten wurde nur Aufrechterhaltung der Pensionsansprüche zugesagt. Zu den übrigen Punkten der Anfrage hat keiner der Redner Stellung genommen. Die Frage in der Diskussion zu erörtern, war unmöglich, weil die Leitung einen Beschluß der Versammlung herbeiführte, eine Diskussion nicht stattfinden zu lassen.

Von den Rednern der Sozialdemokratischen Partei wurde behauptet, daß die Erklärung der Partei, die Beamten sollten „bis zur Ablösung“ in ihren Stellen verbleiben, nur auf die höheren politischen Beamten zu beziehen sei, auch der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte den Beamten zugesichert habe, daß die wohlverdienenden Rechte der Beamten gewahrt bleiben werden. Diese Behauptungen stehen mit folgenden Erklärungen in Widerspruch:

a) des früheren Volksbeauftragten Haase, daß die nötige Ersetzung des bisherigen Beamten- und Verwaltungsapparats durch Anhänger der sozialistischen Partei als idealster Zustand zu betrachten sei;

b) des Kultusministers Hänisch (Januarheft der „Neuen Rundschau“): „Es wird nicht für alle Zeiten möglich sein, sich mit der Aenderung nur an der Spitze der Pyramide zu begnügen — auch der ganze Unterbau muß nach und nach erneuert werden.“

Wie reimen sich die Erklärungen der sozialdemokratischen Redner hiermit zusammen? Aus welchem Grunde wurde eine Klärung durch Diskussion verweigert? Sollte dieser Punkt den Beamten nicht vollen Anlaß bieten, den unmaßgeblichen Erklärungen der sozialdemokratischen Redner mit Mißtrauen zu begegnen?